



Detailansicht des Registereintrags

BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland

Aktuell seit 24.06.2026 10:19:25

Plattform

Registernummer:	R002393
Ersteintrag:	01.03.2022
Letzte Änderung:	24.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	24.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Plattform, Netzwerk, Interessengemeinschaft, Denkfabrik, Initiative, Aktionsbündnis o. ä.
Kontaktdaten:	Adresse: BID c/o ZIA e.V. Wirtschaftsverband Leipziger Platz 9 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4903020215850 E-Mail-Adressen: info@zia-deutschland.de Webseiten: https://www.bid.info/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Finanzierungsquelle

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Dirk Salewski

Funktion: Präsident des BFW

2. Iris Schöberl

Funktion: Präsidentin des ZIA und amtierende Präsidentin der BID

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (2):

1. Aygül Özkan

2. Iris Schöberl

Gesamtzahl der Mitglieder:

6 Mitglieder am 30.06.2025, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (7):

Bauwesen und Bauwirtschaft; Ländlicher Raum; Stadtentwicklung; Wohnen; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"; Cybersicherheit

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

In der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland arbeiten die sechs Verbände BFW Bundesverband freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen, GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, Immobilienverband IVD Bundesverband, Verband der Immobilienverwalter VDIV, Verband Deutscher Pfandbriefbanken VDP und ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss als Allianz zusammen, um mit gebündelten Kräften gemeinsam inhaltliche Positionen effektiver in der Öffentlichkeit zu vertreten und Ansprechpartner für die Politik zu sein. Die Mitglieder der BID haben in ihrem Memorandum of Understanding von 2018 erklärt, die BID nicht länger als Zusammenschluss mit eigener Rechtspersönlichkeit und eigenem Budget weiterzuführen. Jedes Mitglied trägt also die anfallenden Kosten anteilig selbst.

Der Sitz der BID-Geschäftsstelle wechselt genauso wie die Geschäftsführung jährlich von einem der sechs Verbände zum nächsten. Seit dem 21. Juni 2023 ist der GdW geschäftsführend für die BID zuständig. Er hat den Vorsitz vom IVD übernommen. Turnusgemäß erfolgt zum 1. Juli 2024 der geschäftsführende Wechsel zum BFW. Im Juli 2025 hat der ZIA den Vorsitz übernommen und übergibt den Vorsitz im Juli 2026 an den IVD.

Konkrete Regelungsvorhaben (7)

1. Gesetzliche Neuausrichtung Gebäudety E

Beschreibung:

zentrales Anliegen ist die zivilrechtliche Ermöglichung des Gebäudety E - wie im Koalitionsvertrag vorgesehen

Ziel ist es, das einfache, kostengünstige und technologieoffene Bauen rechtssicher zu ermöglichen, ohne unnötige technische Überregulierung

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]

2. Die wiederholte Verlängerung der Mietpreisbremse wird von der BID abgelehnt.

Beschreibung:

Entwurf eines Gesetzes zur Verlängerung der Regelungen über die zulässige Miehöhe bei Mietbeginn wird abgelehnt. Die seit zehn Jahren geltende Mietpreisbremse ist keine Übergangsregelung mehr. Die Verunsicherung der Marktteilnehmer soll verhindert werden. Planungssicherheit und Wirtschaftlichkeitsberechnungen sollen nicht beeinträchtigt bzw. gar verhindert werden. Eine Verringerung von Mietanpassungspotenzialen bei Weitervermietung führt zu sinkender Investitionsbereitschaft der Vermieter. Anstelle der geplanten Eingriffe in die Regulierung der Miethöhe müssen alle erforderlichen Maßnahmen für mehr Wohnungsbau umgesetzt werden.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 21/322 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Regelungen über die zulässige Miethöhe bei Mietbeginn

Interessenbereiche:

Wohnen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2507300006 (PDF - 22 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.06.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

3. Faire-Mieten-Gesetz - Beschränkungen Neubau vermeiden, keine Entfristung der Mietpreisbremse, Vermeidung strengerer Sanktionierung bei Verstößen...

Beschreibung:

Beschränkungen für den Neubau vermeiden, strengere Sanktionierung von Verstößen gegen die Mietpreisbremse vermeiden, Kopplung von Indexmieten an den VPI ohne Kappung erhalten, Verlängerung des Betrachtungszeitraums vermeiden, Reduzierung der Kappungsgrenzen vermeiden, 5-Jahresfrist für Eigenbedarfskündigungen in Mangellagen vermeiden, keine verlängerte Kündigungsfrist bei Eigenbedarfskündigungen in Mangellagen, Vermeidung praxisferner und systemwidriger Sanktionierung für fehlerhaft bestimmte Mieten

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/222 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Faire-Mieten-Gesetzes

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]; WiStrG 1954 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Wohnen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2507300005 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.06.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

4. **Ablehnung des Entschließungsantrags "Mietpreisbremse verschärfen - Mieten stoppen"**

Beschreibung:

Der Entschließungsantrag, der auf die Verschärfung der Mietpreisbremse und die Deckelung der Bestandsmieten gerichtet ist, wird abgelehnt. Der Entschließungsantrag geht in vielen Punkten über die Gesetzentwürfe "Faire-Mieten-Gesetz" und "Gesetz zur Änderung der Regelungen über die zulässige Miethöhe bei Mietbeginn" hinaus

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/355 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Mietpreisbremse verschärfen - Mieten stoppen

Interessenbereiche:

Wohnen [alle RV hierzu]

5. **Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie (NIS2UmsuCG)**

Beschreibung:

In Anbetracht der sich verschärfenden Cyberbedrohungslage unterstützt der BID die Bemühungen, die Informationssicherheit und Resilienz der eingesetzten IT-Systeme von Staat und Wirtschaft zu stärken. Wir unterstützen einen risikobasierten, praxisnahen Ansatz, um insgesamt das Sicherheitsniveau in Deutschland zu erhöhen.

Interessenbereiche:

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2603120004](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.10.2025 an:

Bundestag

Organe [alle SG dorthin]

6. **Gemeinsame Eckpunkte zum Gebäudetyp E**

Beschreibung:

Angesichts der dramatischen Wohnungsknappheit und steigender Baukosten unterstützt die Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland (BID) ausdrücklich das Ziel, in Deutschland künftig effizienter, innovativer und vor allem kostengünstiger zu bauen. Der im Koalitionsvertrag vereinbarte Gebäudetyp E kann hierfür ein entscheidender Hebel sein. Die in der BID zusammengeschlossenen Verbände sehen nach Vorstellung der Eckpunkte zum Gebäudetyp E jedoch den dringenden Bedarf, die zentralen rechtlichen und praktischen Problemstellungen des vorgelegten Ansatzes zu benennen und deutlich zu machen, unter welchen Voraussetzungen der Gebäudetyp E in der Praxis tragfähig anwendbar wäre.

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2603120005](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.01.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

[alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

(BMWSB) [alle SG dorthin]

7. **Positionierung zum Gebäudemodernisierungsgesetz**

Beschreibung:

Der BID fordert deshalb gemeinsam:

- den konsequenten Abbau von bürokratischen Technologie-vorgaben
- eine stabile und langfristig gesicherte Förderung auch für Vermieter
- eine verlässliche, transparente Regulierung der Wärmeinfrastruktur
- wirtschaftlich tragfähige Rahmenbedingungen für die Modernisierung des Gebäudebestands
- Keine mietpreisrechtlichen Eingriffe

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606100040 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.04.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro